

Agrarpolitik im Rückwärtsgang stoppen – BNW-Forderungen zur BIOFACH 2026

Berlin, der 11.02.2026: Anlässlich der BIOFACH warnt der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW) vor einer Agrar- und Ernährungspolitik, die Umweltstandards abbaut und damit die Produktionsgrundlagen der Land- und Lebensmittelwirtschaft gefährdet. Statt „Bürokratieabbau“ als Deckmantel für Rollbacks braucht es klare politische Leitplanken.

Zukunftsfähige Landwirtschaft ist aktive Standortpolitik: EU-weit verbindliche Umweltstandards stärken Investitionssicherheit, Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Gleichzeitig braucht es auch auf nationaler Ebene einen klaren Kurswechsel hin zu weniger Pestizideinsatz, gesunden Böden und stabilen Ökosystemen – als Grundlage für Ernährungssicherheit, Klimaanpassung und wirtschaftlichen Erfolg.

Mit diesen Forderungen positioniert sich der Verband auf der BIOFACH 2026:

Düngerecht und Nitrat – Transparenz statt Blindflug

Mit Sorge blickt der BNW auf die Bestrebungen, die Stoffstrombilanz abzuschaffen, obwohl sie ein zentrales Instrument zur Vermeidung von Nährstoffüberschüssen ist. Gleichzeitig wächst der Handlungsdruck: Ein verlässlicher Vollzug und ein wirksames Aktionsprogramm sind notwendig, um Nitratbelastungen zu senken und Rechtssicherheit zu schaffen.

Der BNW fordert daher eine verbindliche, praxistaugliche Hof- bzw. Nährstoffbilanz mit fachlich begründeten Flexibilitäten sowie eine Reform, die Bürokratie reduziert ohne Wirkung, Datengrundlage und Vollzugssicherheit zu schwächen – als Basis für zielgenaue Beratung, fairen Vollzug und messbare Umweltwirkungen. „Entbürokratisierung ist sinnvoll, aber sie muss über bessere Prozesse, Digitalisierung und klare Regeln funktionieren. Wenn Kontrolle und Transparenz gestrichen werden ist das kein Bürokratieabbau, sondern Risikoverlagerung auf die Allgemeinheit“, so Prof. Dr. rer. agr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin des Bundesverbands Nachhaltige Wirtschaft.

Nachhaltige Landwirtschaft belohnen, Schäden bepreisen

Ökolandbau schützt Böden, Wasser sowie Biodiversität und macht Landwirtschaft so resilienter gegen Wetterextreme. Deshalb muss das Ziel von 30 Prozent Bio bis 2030 handlungsleitend sein – mit klaren politischen Maßnahmen, die Landwirt:innen beim Umstieg unterstützen und Forschung sowie Beratung stärken. Zusätzlich fordert der BNW eine Mehrwertsteuerreform, die nachhaltige Produkte entlastet: Wer Umweltressourcen schädigt, muss stärker zur Verantwortung gezogen werden – wer schützt, soll wirtschaftlich profitieren.

„Vor diesem Hintergrund sehen wir die auf EU-Ebene diskutierte „Roadmap towards Nature Credits“ als mögliche Ergänzung öffentlicher Förderung – vorausgesetzt, sie folgt verlässlichen Mess- und Bewertungsmethoden und wird nicht zum Ablasshandel“, so Reuter. Denn nachhaltige Bewirtschaftung wirkt bereits heute: Durch Bioanbau lassen sich jährlich rund 1,5 Milliarden Euro an Klimafolgekosten vermeiden. „Bio schützt Artenvielfalt und macht Betriebe resilienter gegen Wetterextreme: Auf ökologisch bewirtschafteten Flächen finden sich bis zu 95 Prozent mehr Ackerflora und rund 35 Prozent mehr Feldvögel. Das ist kein Luxus, sondern Risikoabsicherung für unsere Versorgung“, so Reuter weiter.

GAP und EU-Finanzrahmen – Mindeststandards sichern, Umweltleistungen vergüten

Auf europäischer Ebene stehen aktuell die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) im Zentrum der Debatten. Mit Blick auf den ersten Entwurf zum MFR kritisiert der BNW, dass weder ein verbindlicher Mindestanteil für Umweltmaßnahmen in der Agrarpolitik noch

EU-weit einheitliche Umweltstandards ausreichend abgesichert sind. Zudem bergen die geplanten national-regionalen Partnerschaften das Risiko einer weiter auseinanderdriftenden Umsetzung von Umwelt- und Klimaleistungen in der GAP.

Deutschland erarbeitet derzeit seine Verhandlungsposition. Vor diesem Hintergrund fordert der BNW klare Weichenstellungen: ein verlässliches GAP-Budget statt unsicherer Finanzierung über nationale Pläne, EU-weit verbindliche Umweltstandards, einen festen Mindestanteil der Agrarmittel für Umwelt- und Klimaleistungen sowie eine Förderlogik, die aktive Betriebe (mind. 30 % Umsatz) und Umstellungs- bzw. Ökoleistungen gezielt priorisiert.

Neue Gentechnik – Wahlfreiheit, Risikoprüfung und Patente sichern

Bei der geplanten Lockerung der EU-Regeln zur Gentechnik warnt der BNW vor einem Verlust von Transparenz und Wahlfreiheit sowie vor Patenten, die Züchtung und Marktteilnahme weiter konzentrieren könnten. Der BNW fordert deshalb u.a. eine strenge Regulierung Neuer Gentechnik (NGT) mit lückenloser Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Zudem braucht es rechtssichere Patentverbote auf NGT-Pflanzen und -Produkte sowie verbindliche Vorgaben zu Monitoring, Rückholbarkeit und einem öffentlich zugänglichen Register. „Wenn Kennzeichnung und Risikoprüfung ausgehöhlt werden, verlieren Verbraucher:innen und Unternehmen die Wahlfreiheit – zusätzlich steht die Glaubwürdigkeit gentechnikfreier Wertschöpfung auf dem Spiel“, beurteilt Reuter.

Pestizide – Vorsorgeprinzip und Sicherheitsprüfung dürfen nicht ausgehöhlt werden

Die Vorhaben des Food and Feed Safety Simplification Omnibus zielen darauf ab EU-Vorschriften im gesamten Agrar- und Lebensmittelsektor zu rationalisieren um den Verwaltungsaufwand für Landwirt:innen, Lebensmittelproduzenten und Behörden vermeintlich zu verringern. So könnte auch das System der befristeten Zulassungen für chemisch-synthetische Pestizide aufgeweicht werden. Der Verband sieht diese Vorhaben kritisch. Fallen automatische Erneuerungs- und Neubewertungslogiken weg, verschiebt sich die Last der Sicherheitsüberprüfung zulasten der öffentlichen Hand – mit erheblichen Risiken für Umwelt und Gesundheit.

Der BNW setzt sich daher für eine risikobasierte und zweckgebundene Pestizidabgabe ein, die den Einsatz chemisch-synthetischer Mittel reduziert und Betriebe beim Umstieg unterstützt. In Schweden und Dänemark haben ähnliche Modelle bereits zu deutlich weniger Pestizideinsatz geführt. Auch die wirtschaftliche Dimension für die Bio-Branche ist erheblich: die gesamten Folgekosten durch chemisch-synthetische Pestizide werden in Deutschland auf mindestens 100 Millionen Euro pro Jahr geschätzt.

Pressekontakt:

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Valerie Poschmann

Referentin für politische Kommunikation

presse@bnw-bundesverband.de

Tel.: +49 1525 673 54 66

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) bringt die Stimme der progressiven Unternehmen direkt ins politische Berlin. Seit der Gründung 1992 setzt sich der BNW e.V. als unabhängiger Unternehmensverband für Umwelt-, Klimaschutz und soziale Nachhaltigkeitsaspekte ein. Mit seinen 700 Mitgliedsunternehmen steht der Verband für mehr als 200.000 Arbeitsplätze; Großunternehmen sowie Mittelstand sind in dem branchenübergreifenden Netzwerk genauso vertreten wie Cleantech-Startups und Social-Entrepreneurs.

<https://www.bnw-bundesverband.de/>